

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 10
November 2019

Syrien

Die Arbeit der Maristen in Aleppo – ein großes Werk Neue Belastungen drohen

Vor kurzem erhielten wir nach geraumer Zeit der Unterbrechung wieder Post von den Maristen Schulbrüdern aus Aleppo. Seit Beginn des türkischen Angriffs in Nordsyrien haben zigtausende Flüchtlinge ihre Heimat verlassen. Viele werden auch in Aleppo Schutz und Hilfe suchen.

Bruder Sabé beschreibt in seinem hier (gekürzten) Rundbrief die Lage vor dem türkischen Angriff, vor allem aber die Leistung seines Werks, das gerade jetzt neue Unterstützung braucht.

„Obwohl ein Großteil des Landes befreit wurde und die Medien nur gelegentlich über Syrien berichten, gibt es immer noch Hochspannungsgebiete wie die Provinz Idlib und den Nordosten des Landes. Die syrische Armee kämpft für die Befreiung des Idlib, einer Provinz, die von der Al-Nusra-Front gehalten wird. Können wir hoffen, dass eines Tages alle diese Regionen befreit werden? Das hoffen wir, ebenso wie die Rückkehr aller besetzten Gebiete zur nationalen Souveränität.“

In der Zwischenzeit leiden wir unter den Folgen eines westlichen Embargos und von Sanktionen, die den Wiederaufbau des Landes und die wirtschaftliche Erholung verhindern. Die Syrer werden immer ärmer. Die Kaufkraft nimmt ständig ab.

Ich denke an diesen über 75-jährigen Mann, einen ehemaligen Schüler der Maristen, der ohne wirtschaftliche Ressourcen auskommen muss: „Die wenigen Ersparnisse, die ich gemacht habe, sind erschöpft. Ich habe nichts mehr. Ich war nicht arm. Ich verdiente meinen Lebensunterhalt. Ich habe meine Familie unter durchschnittlichen, aber menschenwürdigen Bedingungen ernährt. Heute bin ich arm!“

Arm... Armut... Elend... Nicht genug zu essen... keine Arbeit finden... Die Bevölkerung, die unter den Gräueltaten des Krieges litt, zahlt weiterhin einen sehr hohen Preis für ihren Widerstand und für ihre Entscheidung zu bleiben und durchzuhalten. Wie man von den Menschen hört, glauben viele, dass sie mit der Entscheidung, nicht wegzugehen, falsch entschieden haben, besonders wenn Verwandte oder Freunde, die ausgewandert und erfolgreich an die Auswanderungsländer angepasst sind, ihnen ihre Situation beschreiben.

Und es ist noch nicht vorbei: Am Horizont steht die ständige Drohung eines möglichen Krieges, der die gesamte Nahostregion in Brand setzen könnte. Einige Vororte von Aleppo werden weiterhin von Granaten getroffen, die oft zivile Opfer fordern. Und trotzdem will Aleppo aus seiner Asche wiedergeboren werden. Seine Bewohner tun alles, um aus ihrem Elend herauszukommen, um das Leben zu wählen. Es ist nicht immer einfach. Wir treffen oft Mütter aus Familien, die verwitwet, geschieden sind oder keine Nachricht von ihrem vermissten Mann haben. Sie haben 3 oder 4 Kinder. Der Krieg ist über ihr Wohngebiet weggezogen. Er hat sie nicht nur gezwungen, so oft ihren Wohnsitz zu verlassen und in unbekanntes Stadtvierteln unter fremden Menschen zu leben, die nicht Ihresgleichen sind, sondern auch gezwungen, in größtem Elend zu leben. Ich möchte keine schwarze Liste der erlebten Tragödien aufstellen, aber es ist eine schreckliche Realität.

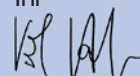
In einigen Straßen von Aleppo spazieren gehen, Leute sehen, die in einem Café eine Wasserpfeife rauchen, die Erscheinungen eines normalen Lebens beobachten.... All das ist real. Sogar eine Gasse des zerstörten Bazars von Aleppo wurde

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

dass Landnahme bei einem schwächeren militärischen Gegner verbunden mit schwerwiegenden Menschenrechtverletzungen keine nachhaltigen Folgen hat, hat sich der türkische Präsident Erdogan bei seinem russischen Amtskollegen Putin abgeschaut: Nur wenige Jahre nach der Wegnahme der Krim brach die Solidarität der einstigen Sanktionsbefürworter ein. Annäherung heißt das magische Tor zur Normalität, das letztendlich jede Hoffnung auf Rückgabe verschließt. Und so wird es auch in Syrien sein; alle Bekundungen von einer befristeten mit der zweifelhaften Ankündigung des Aufbaus von 140 Dörfern für Flüchtlinge als Maßnahme zur Befriedigung der Region ist nichts anderes als Landnahme und Vergrößerung des Territoriums zur Vermehrung des Ansehens der Türkei und seines Präsidenten. Die auf dem Weg liegenden Opfer, kurdische Soldaten genauso wie alte Menschen, Frauen und Kinder zählen für Erdogan soviel wie die ermordeten Armenier 1915/16. Wer fliehen kann, wird bestenfalls den Weg über den Irak nach Europa finden oder das Leid in Syrien noch weiter vergrößern. Den wenigen Hilfsorganisationen wie z.B. den Maristen in Aleppo steht eine weitere Mammutaufgabe bevor.

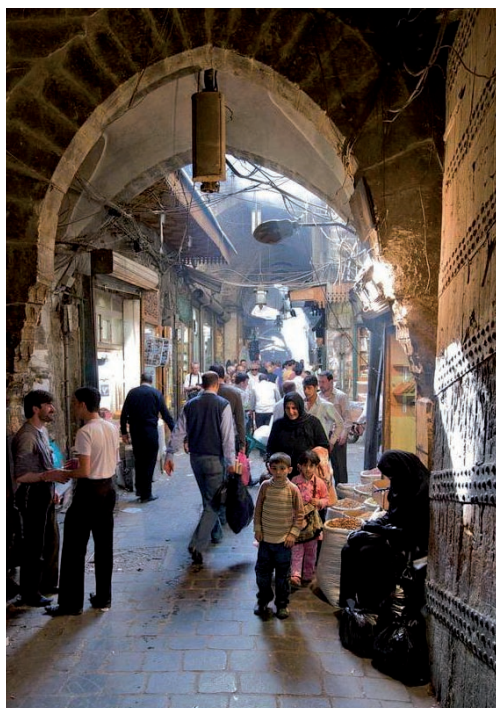
IGFM-Mitarbeiter Al-Rasho hatte einen Tag vor dem türkischen Angriff Halabdscha nahe der iranischen Grenze besucht, wo noch etwa 3000 Opfer des 1988 von Saddam Husseins verübten Giftgasangriffs mit den Folgen kämpften: die Überlebenden mit Brandverletzungen und schweren Lungenschäden, Kinder mit Missbildungen und mentalen Schäden aufgrund Vergiftungen im Mutterleib. Zurück in Dohuk hat er sofort drei Pickups mit Ersthilfe für neu ankommende Flüchtlinge an die irakisch-syrisch Grenze geschickt. Die Hilfe (89) geht weiter.

Ihr


Karl Hafén



komplett restauriert. Sie bekam ein neues Aussehen unter Beibehaltung des ursprünglichen Stils.... Aber es eine Ausbildung. Das Schuljahr der Bildungsprojekte für Kinder im Alter von 3 bis 7 Jahren (Learning to Grow auszuleihen. Das Buch wird zum Freund, zur Quelle der Inspiration und Phantasie, zur Gelegenheit, schneller zu lernen. Die Betreuer nutzen den in der Bibliothek installierten Bildschirm, um Bildungsaktivitäten durchzuführen, indem sie Filme zeigen oder Spiele der allgemeinen Kultur anbieten.



Einkaufspassage Souks in Aleppo vor und nach dem Angriff islamistischer Rebellen (Bildrechte: Frau Leyla Antaki-Moussalli/ Maristen in Aleppo/Syrien)

bleibt noch viel zu tun, vor allem, um den Menschen wieder aufzubauen, die Gemeinschaft wieder aufzubauen, die Zugehörigkeit und die Bürgerschaft wieder aufzubauen. Es bleibt, zu ethischen Werten zu erziehen: sich dem Anderen, auch dem Andersartigen, zu öffnen, ihn zu respektieren, Differenzen friedlich zu lösen und sich den Ärmsten zuzuwenden.....

Fast 3 Jahre nach dem Ende der Kämpfe in der Stadt Aleppo gewinnt unsere Mission immer mehr an Bedeutung. Wir leisten Dienste an der Bevölkerung, insbesondere an den am stärksten gefährdeten Menschen. Wir sind weiterhin da, um den Vertriebenen zu helfen. Wir zahlen die Wohnungsmieten für Hunderte von Familien, die nicht wieder nach Hause zurückkehren konnten. Wir helfen im Rahmen unserer Möglichkeiten, den Benachteiligten in den Krankenhäusern der Stadt eine kostenlose Behandlung anzubieten. Unsere Volkshochschule, das MIT, organisiert weiterhin Seminare in Bildung und Berufsausbildung und gibt psychologische Unterstützung.

Um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und junge Menschen zu ermutigen, im Land zu bleiben, bietet das Programm Mikroprojekte weiterhin Dutzenden von jungen Menschen

und I want to Learn) ist beendet und in den Monaten Juni und Juli wurden Sommeraktivitäten organisiert. Die Anmeldungen des nächsten Jahres kündigen eine steigende Nachfrage an, die wir angesichts der begrenzten Platzverhältnisse immer noch nicht erfüllen können.

Wir betreiben weiterhin das Vertriebenenlager „SHAHBA“, 25 Kilometer von Aleppo entfernt. Wir gehen mehrmals pro Woche dorthin, um uns um die Erziehung und den Unterricht von Kindern und Jugendlichen, die Unterstützung von Müttern und die Verteilung von Lebensmitteln und Hygieneprodukten zu kümmern. Vor kurzem haben wir ein medizinisches Programm mit einem regelmäßigen Besuch eines Gynäkologen und eines Internisten und der kostenlosen Bereitstellung der notwendigen Medikamente gestartet. Die vertriebenen Jugendlichen des Lagers erhielten 5 Monate lang eine Berufsausbildung. Die Teilnehmer erhielten dann eine Teilnahmebescheinigung und ein dem erlernten Handwerk entsprechendes Werkzeug. Wir hoffen, dass es uns gelingen wird, junge Menschen weiterhin für zukünftige Berufe auszubilden. Unsere mobile Bibliothek für das Lager bekommt immer mehr Lesestoff. Wir ermutigen alle Kinder, auch wenn sie nicht lesen können, sich Bücher

Die Trainings- und Entwicklungsmeetings für Frauen sind sehr erfolgreich. Die Frauen des Projekts „Zuschneiden und Nähen“ haben den 7. Kurs abgeschlossen. Sie sind damit sehr zufrieden. „Drop of Milk“ dient weiterhin 3000 Kindern, die regelmäßig ihre monatliche Milchration erhalten.

In diesem Sommer organisieren wir zum ersten Mal einen einwöchigen Aufenthalt im Libanon für unser gesamtes Team von Blue Marist Freiwilligen. Es wird eine Zeit der Geselligkeit und Ruhe sein.... Eine Zeit der Spiritualität und der Entdeckung des Libanon und für einige eine Zeit, um sich mit Verwandten zu treffen, die sie seit Jahren nicht mehr sehen konnten.

Br. Georges SABE

Für die blauen Maristen

Sehr verehrte Leser, meinen Sie nicht, dass dieses Werk unsere Unterstützung wert ist? Bitte helfen Sie!

**Kennwort für Ihre Spende:
Syrien (91)**

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Karl Hafen
Erscheinungsweise: monatlich
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach
Sektion Schweiz:
Geschäftsführer Hanspeter Hartmann
Clavanuovweg 14 • CH - 7249 Semeus
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Die in dieser Publikation verwendeten Fotos sind Amateuraufnahmen, entsprechend die teilweise schlechte Fotoqualität. Dafür garantieren wir ihre Authentizität.

Alle Mittel recht?

Nationalisten greifen im Gerichtssaal Anwälte an

„Jeder Mensch hat das Recht,...“. Doch in der Ukraine muss man genauer hinschauen. Vor gut drei Jahren berichtete Anton Alexejew, er ist Rechtsanwalt und Geschäftsführer der IGFM-Sektion Ukraine, von Gerichtsverfahren, in denen politische Interessen für die Urteilsfindung eine größere Rolle spielten als die Wahrheit. Unschuldige Zivilpersonen wurden falsch beschuldigt und überlang in Untersuchungshaft gehalten, Anwälte in ihrer Verteidigung behindert und sogar Richter mussten Schläge einstecken. Ist das die Ukraine, die sich Anerkennung von der EU erhofft?

Im Rahmen des Projekts „Recht auf ein faires Verfahren“ beobachtet die IGFM-Sektion Ukraine seit September 2019 Gerichtsverfahren, insgesamt werden es 252 Verfahren am Ende des Projekts sein. Seit die IGFM Berichte über Verfahren veröffentlicht hat, will ihnen nun kaum mehr ein Gericht die Teilnahme verweigern; im Gegenteil: Sie werden zur Beobachtung eingeladen. Der Erfolg dieser so hergestellten Öffentlichkeit ist: keine Gewalt, keine Bedrohung, Einhaltung des Verfahrensrechts. Vor genau einem Jahr im Verfahren gegen Vassily Muravitzky war das noch anders:

Der ukrainische Journalist Muravitzky, 34 Jahre alt aus Zhytomir, westlich von Kiew gelegen, wurde am 2. August 2017 festgenommen. Er hatte recherchiert, dass Mitglieder der ukrainischen Regierung in Korruption und Schmuggel mit und dem illegalen Abbau von Bernstein verwickelt waren. Die Staatsanwaltschaft aber klagte ihn an wegen Landesverrat, Verletzung der territorialen Integrität, Gründung

einer terroristischen Vereinigung und Verletzung der Gleichheit der Bürger. Begründet wurde die Anklage damit, dass er seine Veröffentlichungen von Russland aus betrieb, also von Territorien, die nicht unter der Kontrolle und Verwaltung des ukrainischen Staates



Rechtsanwalt Gozhy, IGFM-Beobachter des Verfahrens gegen Vassily Muravitzky (Bildrechte bei IGFM)

standen. Weil er die Einkünfte aus seiner Tätigkeit in der Ukraine aber ordentlich versteuerte und auch nicht versucht hatte, sich vor Behörden zu verstecken, war seine Verhaftung und die Anklage eine deutliche Warnung an alle Journalisten, die Kontakt zu russischen Medien hatten. Da Muravitzky bislang unbescholten war, sein Anwalt erst zwei Tage vor der ersten Verhandlung Akteneinsicht bekommen hatte und das für diese Straftaten vorgesehene Strafmaß 12 bis 15 Jahre Haft vorgesehen waren,

wollte sich die IGFM das einmal genauer ansehen. Zur ersten Verhandlung wurde Muravitzky vorgeführt wie ein gefährlicher Gewaltverbrecher in einem Gefängniskäfig (Wir berichteten über die erste Verhandlung im August 2018). Seinen Anwälten wurde vom Gericht verboten, in seiner Nähe Platz einzunehmen; ein Meinungs austausch mit dem Gefangenen war damit unterbunden. Das Gericht entschied, dass er weiterhin in Untersuchungshaft zu bleiben habe. Bei der nächsten Anhörung dann eine halbe Kehrtwende, denn das Gericht stellte fest, dass die Staatsanwaltschaft nicht ausreichend Belege für die Anklage vorgebracht hatten, daher sei er aus der U-Haft zu entlassen und unter Hausarrest zu stellen, womit dem „Sorgerecht für den Aufenthalt des Angeklagten“ Genüge getan sei.

Am 28. September 2018 fand im Korolevskiy Bezirksgericht von Zhytomir die Hauptverhandlung wegen Hochverrats und eines Angriffs auf die territoriale Integrität statt. Die IGFM hatte bereits mehrfach zugunsten des Inhaftierten interveniert, weil Klage, die lange U-Haftzeit und Verfahren nicht mit europäischen Rechtsgrundsätzen vereinbar sei. Außerdem

lag eine offizielle Einladung von Mitgliedern des Europäischen Parlaments vor, der Muravitzky wegen seiner Haft nicht nachkommen konnte. Das Gericht wollte sich keine Blöße geben und sprach sich für Hausarrest aus, um Muravitzky die Kommunikation mit europäischen Politikern zu erleichtern, die Staatsanwaltschaft forderte dagegen die Verurteilung zu einer Haftstrafe.

Und dann geschah das Unerwartete: Zu Beginn der Sitzung kamen

Auch so können Sie wirkungsvoll und nachhaltig helfen:

**Geburtstags- oder Jubiläumsspende statt Geschenke
Spenden statt Trauerschmuck
Vermächtnis, auch zweckgebunden**

Vertraulichkeit ist gewährleistet. Mehr Informationen gibt Ihnen Heinz Josef Ernst, Schatzmeister

Vertreter der rechten Organisation „C14“, deren Mitglieder wiederholt Anwälte angegriffen hatten, mit Sturmhauben und Nahkampfwaffen ins Gericht. Die Anwälte von Muravitzky fühlten sich bedroht und forderten das Gericht auf, zu reagieren. Die Richter forderten die „Aktivisten“ auf, das Gebäude zu verlassen. Als diese nicht gingen, ließen die Richter die Radikalen zunächst gewähren und kündigten dann eine Pause im Verfahren an. Anton Alexejew bemerkte, dass keine der sonst üblichen Wachen oder Polizisten im Gerichtssaal anwesend waren.

Rechtsanwalt Gozhiy, der vor Gericht den Antrag auf Hausarrest eingebracht hatte, wurde von etwa 20 Vertretern der radikalen Organisation „C14“ umzingelt und angegriffen. Sie stießen und traten auf ihn ein. Nach einer Weile trafen Polizeibeamte ein, die sich aber abwartend verhielten, statt einzugreifen. Die Angreifer wandten sich dann allen anderen Anwälten zu, bespuckten sie und bewarfen sie mit Münzen. Am Ende des Angriffs waren zwei Anwälte durch Schnitte so verletzt, dass sie ins Krankenhaus mussten.

Dieses Beispiel verdeutlicht die Emotionen in Verfahren, deren Ursprung in der ukrainisch-russischen Auseinandersetzung im Osten der Ukraine zu suchen ist und zur Folge hat, dass gewaltbereite Extremisten im Gericht Einfluss auf Richter, Staatsanwälte und Verteidiger zu nehmen versuchen, um die Objektivität und Unparteilichkeit des Gerichtsverfahrens zu beeinflussen. Die IGFM wird auch die Folgeverfahren beobachten und darüber berichten. Vassily Muravitzky steht weiterhin unter Hausarrest, sein Wirkungskreis ist somit eingeschränkt, er kann seiner beruflichen Tätigkeit nicht nachgehen und ist daher auf Unterstützung angewiesen. Wir möchten Sie bitten mitzuhelfen, dass unsere Mitglieder auch weiterhin mutig die Gerichtsverfahren besuchen, beobachten und berichten, aber auch dass wir den Opfern von politisch motivierten falschen Anklagen und erpresster Urteile helfen können, weil sie ohne unsere Hilfe in existentielle Armut geraten und in Zukunft ihr Recht nicht wahrnehmen können.

**Kennwort für Ihre Spende:
Ukraine (39)**

Kuba

Systematische Kurzzeithaftierung, statt Klage und Haft Kuba will raus aus den Schlagzeilen

In der Augustausgabe behauptete Rene Gomez, einer der führenden kubanischen Bürgerrechtler, dass die Aufzählung renommierter Menschenrechtsorganisationen von 139 bis 5000 politischen Gefangenen reiche. Er war der Ansicht, dass nicht nur die in einem ordentlichen Gerichtsverfahren Verurteilten politische Gefangene seien, sondern auch die, die von der Polizei festgenommen, befristet festgehalten oder verschleppt worden seien. Wir sind der Sache einmal nachgegangen und haben die Liste der Organisation „Observatorio Cubano de Derechos Humanos“ untersucht.

Diese „Kubanische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ nimmt alle Fälle auf, die ihr gemeldet werden und registriert auch die kurzfristig Inhaftierten mit Namen, Art, Grund, Ort und Datum der Festnahme, die Dauer der Inhaftierung, die Zugehörigkeit zu einer Organisation und weitere Angaben. Bei einer zufällig herausgegriffenen „Dame in Weiß“ steht dort beispielsweise als Grund der Festnahme: „verhaftet, um Massenbesuch zu verhindern“, Ort: La Habana, Dauer der Festnahme 5 Stunden.

Für den Monat Juli 2019 registrierte die Beobachtungsstelle 300 Festnahmen, davon 141 Frauen und 159 Männer. 229 Personen wurden danach von Polizisten verhaftet, bei 13 stand dabei „willkürlich“, 15 Personen wurden gewaltsam abgeführt, 15 erhielten Reisebeschränkungen, einige wurden am Verlassen ihrer Wohnung gehindert, dort bezeichnet als „Belagerung“ und der Rest aus anderen Gründen. Von den „Damen in Weiß“ wissen wir aus eigenem Mund, dass versucht wird, sie jede Woche an der Teilnahme des sonntäglichen Gottesdienstes zu hindern. Einige werden also jeden Sonntag für wenige Stunden festgesetzt oder anderweitig eingeschränkt.

Hinter diesen Kurz-Inhaftierungen steckt System: In Europa und den USA nimmt man solcherlei Festnahmen nicht ernsthaft zur Kenntnis, aber auch einigen Menschenrechtsorganisationen ist das keine Erwähnung wert. Doch sind diese repressiven Maßnahmen nicht nur Einschränkungen elementarer Menschenrechte, sondern

sie gehen einher mit Drohungen, Verunsicherung und Einschränkungen materieller Art. Diesen Oppositionellen, Bürgerrechtlern und ihren Angehörigen, die sich trotz dieser Schikanen immer wieder dem Unrecht entgegenstellen, ist der gleiche Respekt zu zollen wie den von anderen so bezeichneten „wahren“ politischen Gefangenen und bekannten Bürgerrechtlern. An der Überwindung der Diktatur in Kuba, so sie denn bald kommen möge, tragen sie den größten Anteil.

Die IGFM kennt viele dieser mutigen Kubaner, die standhaft gegen das Unrecht auftreten. Über die Damen in Weiß haben wir im Laufe der Jahre immer wieder berichtet. Bei allen Missionen, die wir im Rahmen unseres Projekts „Bewusst reisen“ in Kuba durchführen, gehören sie genauso zu unseren Zielpersonen wie die bekannten Bürgerrechtler. Im Laufe der Jahre haben wir zig dieser Standhaften mit Geld, Medikamenten und kleinen technischen Hilfen unterstützt. In Bälde findet die nächste Reise statt. Für jede Reise setzten wir ca. 5000 € und mehr ein, 3000 für Reisekosten und Mobilität in Kuba, ca. 2 – 2500 € zur Unterstützung der Bürgerrechtler und Hilfebedürftigen. Wir freuen uns, wenn Sie uns bei diesem Auftrag unterstützen.

**Kennwort für Ihre Spende:
Kuba (19)**

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
Bank für Sozialwirtschaft



Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

Die IGFM hat zum 15. Mal die Prüfung der Bücher durch das Finanzamt Frankfurt zur Feststellung der Gemeinnützigkeit bestanden. Die Prüfung findet alle drei Jahre statt.